

## NIEDERSCHRIFT

Körperschaft:	<b>Große Kreisstadt Freital</b>		
Gremium:	<b>Stadtrat</b>		
Sitzung am:	<b>5. März 2020</b>		
Sitzungsort:	<b>Rathaus Potschappel</b>		
Sitzungsbeginn:	<b>18:15 Uhr</b>	Sitzungsende:	<b>20:45 Uhr</b>

**Die Sitzung setzte sich aus öffentlichen und nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten zusammen.**

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

### **Genehmigt und wie folgt unterschrieben:**

Vorsitzender:

Schriftführer:

Urkundspersonen:

Herr Rumberg begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er fragt Herrn Frenzel bezüglich der Tagesordnungspunkte 6 (A 2020/002/2 – Antrag der Fraktion Freie Wähler Freital – Beauftragung des Koordinationsbüros für Soziale Arbeit mit dem Thema Mobbing an Schulen) und Tagesordnungspunkt 7 (A 2020/009 – Antrag der Fraktion Freie Wähler Freital für mögliche Hilfsmaßnahmen für Träger der Wohlfahrt), ob diese von der Tagesordnung genommen werden. Herr Frenzel führt aus, dass der Antrag A 2020/002/2 in die nächste Ausschusssrunde verschoben wird, da er aufgrund des Umfangs der Tagesordnung vorsorglich vom Sozial- und Kulturausschusses (SKA) am 25. Februar 2020 genommen wurde. Der Antrag A 2020/009 wird auf Eis gelegt, da die Stadt bereits Gespräche mit den Trägern der Jugendhilfe führt und die Sache somit verfolgt wird.

Herr Weinholtz reicht, auch im Namen von Herrn Mahoche, Antrag auf Ergänzung der Tagesordnung ein, dass für die Opfer der Morde von Hanau, als Zeichen dafür, dass sich Freital gegen Hass, Gewalt, Rassismus und Extremismus und für Menschlichkeit stellt, eine Schweigeminute abzuhalten. Herr Rumberg bittet die Anwesenden sich für eine Schweigeminute zu erheben.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht, somit ist die geänderte Tagesordnung angenommen. Die Nummerierung ändert sich entsprechend.

## **VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE**

Körperschaft:	<b>Große Kreisstadt Freital</b>
Gremium:	<b>Stadtrat</b>
Sitzung am:	<b>5. März 2020</b>

### **Öffentlicher Teil**

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Sitzung sowie der Beschlussfähigkeit
2. Beschluss über Einwendungen gegen die Niederschrift vom 9. Januar 2020
3. Information zum aktuellen Stand der Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber
4. Information zur Situation Kindertageseinrichtungen
5. Informationen und Anfragen
6. (A 2020/010)  
Antrag der CDU-Fraktion zur Errichtung einer Multifunktionshalle
7. (A 2020/011)  
Antrag der Fraktion Bürger für Freital zur Einberufung eines Sonderausschusses "Kindertagesbetreuung"
8. (Vorlagen-Nr.: B 2020/006)  
Aufstellung Gesamtabschluss, Ausübung Wahlrecht nach § 88b SächsGemO

9. (Vorlagen-Nr.: B 2020/007)  
Änderung Gesellschaftsvertrag der FREITALER STROM+GAS GMBH -  
Umbenennung der Gesellschaft in Freitaler Stadtwerke GmbH
  
10. (Vorlagen-Nr.: B 2020/009)  
Abgrenzung eines Fördergebietes Freital - Urbanität am Fluss, Erstellung eines  
Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes

### **Tagesordnungspunkt 1**

#### **Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Sitzung sowie der Beschlussfähigkeit**

Herr Rumberg stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Sitzung statt.

### **Tagesordnungspunkt 2**

#### **Beschluss über Einwendungen gegen die Niederschrift vom 9. Januar 2020**

Gegen die genannte Niederschrift liegen keine Einwendungen vor.

### **Tagesordnungspunkt 3**

#### **Information zum aktuellen Stand der Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber**

Herr Pfitzenreiter informiert, dass derzeit 125 Asylbewerber (91 Männer, 15 Frauen, 19 Kinder) dezentral in Freital untergebracht sind. Er fügt hinzu, dass momentan drei Plätze dezentral verfügbar sind.

### **Tagesordnungspunkt 4**

#### **Information zur Situation Kindertageseinrichtungen**

Herr Caspar geht anhand einer Präsentation (V 2020/001) auf die Situation in den Kindertageseinrichtungen ein. Er fügt hinzu, dass im Jahr 2020 bereits 16 Fachkräfte, ein Teil davon nach ihrer Ausbildung zum 1. August 2020, gebunden werden konnten. Aktuell haben vier Vorstellungsgespräche stattgefunden, wovon zwei ihre Ausbildung im Sommer 2020 und zwei weitere demnächst als Erzieher bei der Stadt Freital beginnen werden. Er fügt hinzu, dass es leider auch Kündigungen oder altersbedingte Abgänge gibt. Weiterhin gibt es derzeit vier Langzeitkranke sowie 17 Beschäftigte im Mutterschutz, Beschäftigungsverbot bzw. Elternzeit. Herr Caspar geht auf folgenden Lösungen ein, wie zusätzliche Betreuungsplätze geschaffen werden können:

- Es werden mögliche Leerstände in städtischen Einrichtungen mit Personal ausgestattet.
- Die ehemalige Grundschule in Kleinnaundorf soll bis zum Bau einer neuen Kindereinrichtung wieder als Kindertagesstätte genutzt werden. Die Stadt befindet sich bereits mit einem freien Träger im Gespräch. Dadurch könnten 42 Plätze geschaffen werden.
- Es wird aktiv für die Tagespflege geworben und im Jahr 2019 konnten zwei neue Tagespflegepersonen für Freital gebunden werden.
- Es wird aktiv zielgruppenorientierte Werbung für freie Stellen gemacht.
- Es gibt eine enge Zusammenarbeit mit den freien Trägern.

Herr Caspar verweist bezüglich der Informationen für die Stadträte auf den Sozial- und Kulturausschuss, wo es jetzt immer einen Tagesordnungspunkt zur Thematik geben wird. Dort können Fragen gestellt, nach Lösungen gesucht bzw. Lösungsideen besprochen werden. Die Stadträte werden gebeten die Stadt Freital bei der Arbeit zu unterstützen.

Frau Mihály-Anastasio und Herr Rülke kommen während den Ausführungen von Herrn Caspar. Somit sind 30 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Käfer möchte wissen, wie viele Erzieher im Jahr 2020 eingestellt worden sind und bereits ihre Arbeit aufgenommen haben.

Herr Rumberg wird die Zahl nachliefern.

Herr Weinholtz bemerkt, dass der § 9 Gesetz über Kindertageseinrichtungen aussagt, dass vorrangig die Kindertageseinrichtungen von Trägern der freien Jugendhilfe errichtet oder übernommen und betrieben werden sollen, so dass die Stadt erst an zweiter Stelle den Bedarf auffangen muss. Er stellt sich die Frage, ob es vielleicht zu wenige freie Träger in Freital gibt und demnach diesbezüglich etwas getan werden müsste.

Herr Rumberg führt aus, dass die Struktur der Kindertageseinrichtungen historisch so entstanden ist und er momentan keinen Handlungsbedarf sieht. Die neu entstehenden Einrichtungen werden entsprechend der Zustimmung des Stadtrates an einen freien Träger vergeben oder von der Stadt betrieben. Herr Rumberg bemerkt, dass die Verwaltung mit Hochdruck an einer Lösung arbeitet, so dass sich die Situation hoffentlich bald wieder entspannt.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht.

## **Tagesordnungspunkt 5**

### **Informationen und Anfragen**

Herr Rumberg informiert, dass folgende Anfragen schriftlich beantwortet wurden:

- von Herrn Heisig zum Grundstück Rudeltstraße ehemalige Turnhalle
- von der CDU-Fraktion zum Verbindungsweg zwischen Bergweg und Guido-Brescius-Weg
- von Herrn Dylla zur Radioaktivität rund um das Areal Sächsischer Wolf
- von der CDU-Fraktion zum aktuellen Stand der Entwicklung zum Sportplatzneubau Pesterwitz
- von der Fraktion Freie Wähler Freital zum Wegzug der Sparkasse in Freital
- von der Fraktion Freie Wähler Freital zur Situation des Musikschulangebots
- von der Fraktion Bürger für Freital zur Betreuung der Kinder in städtischen Kitas und Horten
- von Herrn Heger zur I 2020/003 - Informationen nach § 12 Abs. 4 Nr. 3 und 4 der Hauptsatzung der Großen Kreisstadt Freital - 4. Quartal 2019 bezüglich der Aufwendungen zur Ansiedlung des BSI.

Die Anfrage von Herrn Just zu sicherheitstechnischen Anlagen befindet sich noch in der Beantwortung.

Des Weiteren informiert er zum Coronavirus, dass die Gesundheitsbehörde und die Katastrophenschutzbehörde im Verantwortungsbereich des Landkreises liegen und alle Städte und Gemeinden im Landkreis an die Weisungen und Empfehlungen der Landkreisbehörde gebunden sind. Die Kommunen werden dem Landkreis bei der Bewältigung des Virus unterstützen. In dem Zusammenhang findet am 11. März 2020 für alle Bürgermeister der Städten und Gemeinden des Landkreises eine Informationsveranstaltung statt. Herr Rumberg verliest, dass es in Dippoldiswalde einen bestätigten Corona-Patienten gibt, dem es aber den Umständen entsprechend gut geht. In Freital wurden drei Personen, die aus dem Urlaub zurückgekehrt sind und wo Verdacht bestand, getestet. Sie sind aber alle negativ getestet worden, befinden sich aber trotzdem in Quarantäne. Weiterhin gibt es eine Allgemeinverfügung für öffentliche und private Veranstaltungen, wo eine Anzeigepflicht der Veranstalter besteht, wenn mehr als 100 Personen zusammenkommen. Herr Rumberg nennt die entsprechenden Telefonnummern 03501 515-1166 und -1177 des Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge.

Frau Dr. Darmstadt kommt während den Ausführungen von Herr Rumberg. Somit sind 31 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Seyfried reicht eine Anfrage zur Thematik Drogen- und Alkoholmissbrauch im Stadtteil Zauckerode, speziell beim Oppelschacht, ein und verliert diese. Er fügt hinzu, dass diesbezüglich seines Wissens nach das Ordnungsamt, das Koordinationsbüro sowie der Kinder- und Jugendhilfeverbund Freital e.V. eng zusammenarbeiten wollen, wobei Herr Seyfried davon ausgeht, dass sich das Problem so einfach nicht beheben lässt.

Herr Rumberg wird die Anfrage entsprechend beantworten lassen.

Frau Weigel hat folgende Anliegen bzw. Informationen:

- In ihrer Sprechstunde als Seniorenbeauftragte hat eine Bürgerin vorgeschlagen, dass auf der Wilsdruffer Straße an der Haltestelle Friedhof stadteinwärts eine Bank aufgestellt werden soll, so wie an der gegenüberliegenden Haltestelle stadtauswärts. Von Seiten der Verwaltung wurde mitgeteilt, dass im April/Mai die Bank aufgestellt wird.
- Frau Weigel bedankt sich, dass die verkehrt herum aufgestellte Bank in Zauckerode entsprechend richtig aufgestellt wurde.
- Sie reicht eine Anfrage zur Wiedereinführung der Übermittlung der Daten von Geburtstagen und Ehejubiläen von Senioren im Freitaler Amtsblatt ein und verliert diese.
- Das Finanzamt in Freital beabsichtigt Servicetage einzurichten, wo Bürger ihre Anliegen klären können. Geplant sind diese in den Monaten April bis Juli bzw. Oktober bis Dezember. Bekanntgegeben werden die Servicetage entsprechend im Amtsblatt bzw. in der Sächsischen Zeitung. Frau Weigel bittet, die Thematik im Auge zu behalten und gibt zu bedenken, ob die Servicetage wirklich ausreichend für die Bürger sein werden.

Herr Rumberg erwidert bezüglich der Thematik Finanzamt, dass die Stadt Freital an einer Lösung dran ist, aber es noch nichts Konkretes gibt. Er fügt hinzu, dass die Stadt Freital sehr daran interessiert ist, eine „Außenstelle“ des Finanzamtes in Freital zu behalten.

Herr Heinzmann bemerkt zur Thematik des Wegzuges von Behörden, dass ihm von Bürgern mitgeteilt wurde, dass die Zulassungsstelle sowie die Pflegekoordinatorin ebenfalls aus den Räumlichkeiten der Hüttenstraße 14 ausziehen werden. Er verliert eine entsprechende Anfrage dazu.

Herr Rumberg antwortet, dass diese Behörden dem Landkreis unterliegen. Er wird die Anfrage aber soweit es geht beantworten.

Frau Engelmann reicht eine Anfrage zu einem Mottowagen des Somsdorfer Karnevalvereins zum Festumzug am 16. Februar 2020 ein, wo es um rechtsextreme Symbolik geht und verliert diese.

Herr Rumberg wird die Anfrage entsprechend beantworten und bemerkt, dass er gegen jeglichen Extremismus ist. Bezüglich rechten Schmierereien in der Stadt Freital führt er aus, dass die Stadt Anzeige erstattet, sobald sie davon Kenntnis erhält sowie die Schmiererei beseitigt werden.

Herr Frenzel reicht zwei Anträge im Bezug auf 100 Jahre Freital ein. Der Stadtrat möge beschließen, dass die Verwaltung mögliche Standorte sowie die Kosten für Begrüßungsschilder an den Ortsein- sowie Ortsausgängen mit dem Verweis auf 2021 ermitteln soll. Als zweiten Antrag verliert er, dass die Stadtverwaltung die Einrichtung einer möglichst dauerhaften Illumination für die beiden Fördertürme in Zauckerode und in Burgk

prüft und die entsprechenden Koste ermittelt. Das Ergebnis soll dem Stadtrat zur weiteren Verfahrensweise vorgelegt werden.

Herr Rumberg antwortet, dass die Begrüßungsschilder bereits von Seiten der Verwaltung in Auftrag gegeben wurden und wenn es die Temperaturen zulassen, sie entsprechend angebracht werden. Den Antrag bezüglich der Illumination nimmt die Verwaltung entgegen.

Frau Henzel verliest folgendes persönliches Anliegen:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Stadträte. Am 13. Februar 2020 war ich mit einer kleinen Gruppe Freunden in Dresden unterwegs, um ein paar Kerzen zu zünden und der Opfer zu gedenken. An diesem Abend wurden wir von der Antifa in großer Zahl eingekesselt und es gelang uns nur unter massivem Polizeischutz dieser bedrohlichen Situation zu entkommen. Wenige Tage darauf hatte mich die Antifa dann auch auf Twitter im Visier. Sie twitterten einen Beitrag mit meinem Klarnamen und dass ich als Stadträtin in Freital tätig bin. Wie wir alle wissen, ist die Antifa der linksextremistischen Szene zuzuordnen und als alleinerziehende Mutter empfinde ich diese Situation als angsteinflößend, denn die Vergangenheit zeigte, dass diese Gruppierung mitunter vor nichts zurückschreckt. Es ist befremdlich und irritierend, dass die Stadträtin Frau Engelmann von den Grünen diesen Beitrag der Antifa noch befeuerte indem sie schrieb, ich zitiere einen Teil ihres Kommentars, „Intelligentes ist von ihr nicht zu erwarten.“ Nun stellt sich mir die Frage, ob Frau Engelmann mit diesen gewaltbereiten Extremisten offen sympathisiert und sich damit noch auf den Boden unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung bewegt. Und zudem meine ich, auch wenn wir verschiedenen Parteien angehören, so sitzen wir in einem Gremium und ich denke, dass wir unabhängig von politischen Differenzen einen anständigen und respektvollen Umgang miteinander pflegen sollten, wenn wir gemeinsam für diese Stadt etwas Gutes bewirken wollen.“

Herr Gliemann weist daraufhin, dass bei der Feuerstelle am Neumarkt die sich darum befindlichen Bäume entastet werden, um damit ein Feuer zumachen. Aus dem Grund schlägt er vor, die Feuerstelle zu entfernen.

Herr Rumberg antwortet, dass die Verwaltung die Thematik Überwachung von öffentlichen Plätzen auf der Agenda hat.

Herr Tschirner spricht die Bürgeranfrage aus der Bürgersprechstunde im Stadtrat am 6. Februar 2020 bezüglich der Veröffentlichung der Abstimmungsergebnisse der Niederschrift des Stadtrates im Freitaler Anzeiger an. Er fragt, wann dies entsprechend umgesetzt wird.

Herr Weichlein antwortet, dass dem Bürger heute eine Antwort von der Verwaltung zugeht, die Verwaltung aber keine Veröffentlichung der Abstimmungsergebnisse beabsichtigt.

Weitere Informationen und Anfragen gibt es nicht.

<b>Tagesordnungspunkt 6</b>	<b>A 2020/010</b>
<b>Antrag der CDU-Fraktion zur Errichtung einer Multifunktionshalle</b>	

Vorberatung Sozial- und Kulturausschuss  
Vorberatung Finanz- und Verwaltungsausschuss

am 25. Februar 2020  
am 27. Februar 2020

Herr Mahoche erläutert den Antrag näher.

Herr Gliemann spricht sich im Namen seiner Fraktion für den Antrag aus und bietet der CDU-Fraktion, sollte der Antrag entsprechend beschlossen werden, die Unterstützung der Fraktion Freie Wähler Freital an.

Herr Wolframm spricht sich ebenfalls im Namen seiner Fraktion für den Antrag aus.

Herr Heger spricht sich nicht prinzipiell gegen eine Multifunktionshalle aus, er hält aber den Zeitpunkt des Antrages nicht für richtig. Gründe dafür sind, dass in dem Stadion des Friedens eine Tribüne in Höhe von 5 Mio. Euro gebaut werden soll oder die Stadt Freital eine Feuerwache plant. Weiterhin befinden sich die drei großen Sportvereine momentan in einem Konsolidierungsprozess, so dass es unter anderem keinen richtigen Ansprechpartner gibt. Herr Heger schlägt vor, die Entscheidung bezüglich einer solchen Halle so lange zurückzuhalten, bis die entsprechenden Prozesse der Sportvereine abgeschlossen sind. Er wird deshalb auch gegen den Antrag stimmen.

Herr Mahoche bemerkt, dass die Halle nicht nur für den Sport genutzt werden sollte, sondern für diverse andere Veranstaltungen usw.

Herr Weinholtz würde die Entscheidung über den Antrag ungern verschieben wollen, da zwischen einer Idee und dessen Umsetzung immer einige Zeit vergeht. Weiterhin bekräftigt er, dass es sich um eine Multifunktionshalle handelt, wo beispielsweise auch Handwerker messen von ortsansässige Unternehmen oder Gewerbetreibenden stattfinden könnten. Herr Weinholtz bittet, dass die Kostenschätzung detailliert durchgeführt und nicht nur eine Grobschätzung der Kosten gemacht wird.

Herr Brandau stimmt den Antrag zu, kritisiert aber die finanziellen Auswirkungen, welche nicht genau benannt sind, so wie es eigentlich sein sollte. Bezüglich des Zeitpunktes des Antrages hat er keine Bedenken, da es sich bei der Prüfung eines so großen Projektes um einen Prozess handelt, der einige Zeit in Anspruch nehmen wird.

Herr Rülke bemerkt, dass es sich hierbei lediglich um einen Prüfauftrag handelt, ob es möglich ist, so eine Halle in Freital zu errichten. In dem Zusammenhang soll die Verwaltung auch die Kosten prüfen.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Beschlussfassung des Antrages.

**Beschluss Nr.: 021/2020**

**Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt:**

- 1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt die Möglichkeiten zur Errichtung einer multifunktionalen Veranstaltungshalle in Freital zu prüfen.**
- 2. In diesem Zusammenhang sind mögliche Standorte, Dimensionen, Hallennutzungsmöglichkeiten, geschätzte Kosten für Errichtung und Betrieb und die Verfügbarkeit von Fördermitteln zu untersuchen.**
- 3. Der Stadtrat ist im Rahmen der Haushaltsplanung 2021 über die Ergebnisse zu informieren.**

**Abstimmungsergebnis**

Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	31
Davon stimmberechtigt:	31
Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	2
Stimmenthaltungen:	0

**Tagesordnungspunkt 7****A 2020/011****Antrag der Fraktion Bürger für Freital zur Einberufung eines Sonderausschusses  
"Kindertagesbetreuung"**

Vorberatung Sozial- und Kulturausschuss

am 25. Februar 2020

Herr Tschirner geht näher auf den Antrag ein.

Herr Rumberg bemerkt, dass Herr Tschirner gesagt hat, dass die Verwaltung alles menschenmögliche versucht, um die Situation einigermaßen in den Griff zu bekommen und es wurde festgestellt, dass es sich um ein deutschlandweites Problem handelt. Im Ältestenrat wurde ebenfalls über die Thematik Sonderausschuss gesprochen und dort kamen die Fragen auf, wann dieser Ausschuss tagen soll und wie es in die bereits feststehenden Sitzungen eingeflochten werden soll. Herr Rumberg bemerkt, dass die Verwaltung regelmäßig über den Stand der Kinderbetreuung informiert, somit trifft es ihn persönlich, wenn Herr Tschirner sagt, dass die Situation zwar beschrieben, aber nichts unternommen wird, damit es sich verbessert. Ein gutes Beispiel für eine Verbesserung ist, dass Personal gewonnen werden konnte. Herr Rumberg sieht persönlich keine Notwendigkeit einen Sonderausschuss einzuberufen und wird deshalb gegen den Antrag stimmen. Er verweist in dem Zusammenhang auf den SKA, wo das Thema angesiedelt ist und auch zukünftig eine hohe Priorität bekommen kann.

Herr Rülke ist der Meinung, dass ein Sonderausschuss, für den zusätzliche Zeit aufgebracht werden muss, keine Lösung des Problems hervorbringen wird. Die Mitarbeiter, die dann ebenfalls an den Sitzungen teilnehmen müssen, können in der Verwaltung mehr erreichen, um Lösungen hervorzubringen. Des Weiteren führt er aus, dass ein Sonderausschuss nicht zwangsläufig bedeuten muss, dass die Informationen dort schneller vorhanden sind, wie wenn man die Thematik in einem bestehenden Ausschuss wie den SKA beraten würde. Der SKA ist auch thematisch gesehen genau der richtige Ausschuss, um dies zu besprechen. Herr Rülke bemerkt, dass es in der letzten Periode des Stadtrates einen Bildungsausschuss gab, aber letzten Endes die Themen nicht ausgiebiger besprochen wurden, sondern jeweils im SKA und im Bildungsausschuss. Hinzukommt, dass die Mitglieder des SKA größtenteils auch Mitglieder des Bildungsausschusses waren. Für Herrn Rülke ergibt sich in einem zusätzlichen Ausschuss kein positiver Effekt, so dass die CDU-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen wird.

Herr Weinholtz versteht den Antrag von den Bürgern für Freital so, dass die Verwaltung unterstützt werden soll, die Aufgabe der Kinderbetreuung noch besser zu erfüllen. Es heißt nicht, dass die Verwaltung schlecht arbeitet. Er sieht den Sonderausschuss als zusätzliches Gremium, was sich mit der Behebung der jetzigen Situation beschäftigt und wo Ideen eingebracht und vielleicht auch befördert werden können. Für Herrn Weinholtz ist dies eine Ergänzung zum bestehenden SKA.

Herr Rumberg hatte bisher nie den Eindruck, dass der Stadtrat und die Verwaltung gegeneinander arbeiten, sondern auf Augenhöhe sachlich diskutiert und entsprechende

Entscheidungen getroffen werden. Am Ende entscheidet in einer Demokratie nun mal die Mehrheit, wobei bisher immer gute Ergebnisse erzielt werden konnten.

Herr Gliemann ist der Meinung, dass bei dem Antrag entscheidend ist, dass die Stadträte gewillt sind, der Verwaltung bei der Behebung des Problems zu helfen. Die Frage ist jetzt nur, in welcher Form, sprich mit einem Sonderausschuss oder mit dem bestehenden SKA, wo ein separater Tagesordnungspunkt aufgenommen werden kann. Aus dem Grund tut sich Herr Gliemann schwer, für oder gegen den Antrag zu stimmen.

Herr Rumberg versichert, dass unter Tagesordnungspunkt drei des SKA ein Punkt aufgenommen wird, wodurch auch die Bedeutung und Wichtigkeit der Thematik deutlich wird.

Herr Just möchte wissen, ob die Verwaltung die Möglichkeit sieht, einzelne städtische Kindereinrichtungen an freie Träger abzugeben, um das Problem der fehlenden Erzieher zu entschärfen.

Herr Rumberg führt aus, dass die bestehenden historisch gewachsenen Strukturen nicht verändert werden sollten. Er fügt hinzu, dass mit so einer Maßnahme an der einen Stelle ein Loch gerissen wird, um an einer anderen eins zu schließen.

Herr Wolframm erläutert, dass bereits gute Erfahrungen mit Sonderausschüssen gemacht wurden, beispielsweise mit dem Ausschuss zur Neustrukturierung der städtischen Gesellschaften. Das was Herr Just angesprochen hat, kann in einem Sonderausschuss ausführlich besprochen werden. Weiterhin können dadurch Ideen entstehen bzw. reifen, die auch für die Verwaltung neu sind. Herr Wolframm sieht diesen Sonderausschuss auch als Zeichen für die Eltern, dass sich der Stadtrat für die Kinder und deren Familien in der Stadt einsetzt.

Frau Dr. Darmstadt führt aus, dass es nicht bedeutet, dass nichts für die Kinder und deren Eltern getan werden möchte, wenn gegen den Antrag gestimmt wird. Aber die Thematik der Kindertagesstätten wird immer wieder im SKA ausführlich besprochen, woraus dann auch entsprechende Entscheidungen vollzogen werden. Als Beispiele nennt sie die Abwicklung der GABS, die Bedarfsplanung oder die Aufnahme von finanziellen Mitteln in den Haushalt für eine neue Kindertagesstätte. Frau Dr. Darmstadt wird sich gegen den Antrag aussprechen, weil letzten Endes in dem Sonderausschuss die gleichen Mitglieder sitzen werden wie im SKA. Wenn dann jeweils in beiden Ausschüssen über die gleichen Themen gesprochen wird, ist dies wenig sinnvoll. Frau Dr. Darmstadt bemerkt, dass jeder Stadtrat an jedem Ausschuss teilnehmen kann, auch wenn er kein Mitglied ist, so dass jeder Stadtrat die Möglichkeit hat, im SKA mitreden zu können. Weiterhin besteht auch die Möglichkeit, dass kurzfristig ein Sonderausschuss einberufen werden könnte, wenn es notwendig wäre.

Herr Tschirner bemerkt, Frau Dr. Darmstadt habe gesagt, dass im SKA die Bedarfsplanung immer wieder Thema war, wobei er der Meinung ist, dass da einiges schief gelaufen ist, wenn man sich die jetzige Situation betrachtet, die nicht von heute auf morgen zustande kommt. Aus dem Grund bedarf es eines Sonderausschusses, der andere Mitglieder hat wie der SKA, um unter anderem neue Ideen einbringen zu können. Herr Tschirner erläutert, dass festgestellt wurde, dass es in der Stadt Freital wahrscheinlich ein strukturelles Problem gibt, was die jetzige Situation hervorgebracht hat und wogegen jetzt vorgegangen werden muss. Er fügt hinzu, dass der Ausschuss nichtöffentlich tagen soll und die entsprechenden Ideen im Rahmen des Stadtrates abgestimmt werden. Herr Tschirner appelliert daran, eine schnelle Lösung für das Problem zu finden, damit den Eltern endlich geholfen werden kann.

Herr Rumberg erwidert, dass die Erwartungen an so einen Sonderausschuss hochgesteckt wurden und er davon ausgeht, dass auch so ein Ausschuss keine Wunder bewirken kann, die die Stadt Freital bräuchte.

Herr Rülke kritisiert, dass Herr Tschirner den Mitgliedern des SKA vorgeworfen hat, schlechte Arbeit gemacht zu haben. Die Bedarfsplanung, die im SKA besprochen wird, geht um die zu belegenden Plätze, die vorhanden wären, aber aufgrund des fehlenden Personals nicht belegt werden können. Wenn gesagt wird, der Sonderausschuss würde eine sofortige Lösung für die Eltern hervor bringen, dann müsste sofort Personal zur Verfügung stehen. Aber wo soll das herkommen? Und genau das Personal ist das Hauptproblem der jetzigen Situation, was gemeinsam gelöst werden soll. Für Herrn Rülke ist nicht nachvollziehbar, warum jetzt ein zusätzlicher Ausschuss gebildet werden muss. Weiterhin führt er aus, dass der massive Personalbedarf keine Sache ist, die die Stadt hätte im Vorfeld lösen können, sondern dies resultiert aus Entscheidungen des Freistaates, beispielsweise die Erhöhung des Personalschlüssels, so dass 20 % mehr Personal notwendig wird. Herr Rülke stellt einen Änderungsantrag, dass im SKA am Anfang der Tagesordnung regelmäßig ein Tagesordnungspunkt zur aktuellen Kindertagesbetreuung aufgenommen wird.

Herr Weichlein erläutert, dass der sogenannte Änderungsantrag von Herrn Rülke ein Ersetzungsantrag ist und mit dem eigentlichen Antrag nichts zu tun hat, da er keine Änderung des Antrages ist, sondern einen komplett neuen Antrag darstellt. Er fügt hinzu, dass der Antrag A 2020/011 weitreichender ist als der von Herrn Rülke.

Herr Gliemann möchte wissen, ob in den Ausschuss sachkundige Bürger berufen werden können.

Herr Weichlein bedankt sich für den Hinweis und führt aus, dass die Besetzung des Ausschusses sowieso noch offen ist und der Beschlussvorschlag des Antrages, so wie er formuliert wurde, nicht vollzogen werden kann. Nicht der Oberbürgermeister beruft einen Ausschuss, sondern der Stadtrat möchte einen Sonderausschuss installieren. Weiterhin sollte Folgendes vorher geklärt werden:

- Wie soll der Ausschuss besetzt werden, sprich wie viele Mitglieder und soll er sachkundige Einwohner haben?
- Soll es ein temporärer Ausschuss werden, da sonst die Hauptsatzung geändert werden müsste? Es muss über den Endzeitpunkt des Ausschuss gesprochen werden.
- Es könnten bereits die Themen präzisiert werden, über die in dem Ausschuss gesprochen werden soll.
- Eventuell sollte noch einmal über die Bezeichnung des Ausschuss gesprochen werden, da der SKA bereits die Thematik der Kindertagesbetreuung als Aufgabe hat.

Herr Gliemann bemerkt, dass Herr Tschirner zum Ausdruck gebracht hat, dass mehr Fachleute in den Ausschuss entsandt werden sollen. Ist es möglich, dass man neben den eigentlichen sachkundigen Einwohnern weitere sachkundige Bürger in diesen Ausschuss entsendet?

Herr Weichlein bejaht, aber die Hauptsatzung regelt die Anzahl der sachkundigen Einwohner. Er fügt hinzu, dass es aber immer möglich, ist für jede Sitzung entsprechenden Sachverstand hinzuzuziehen. Dies wird auch immer gemacht, in dem entsprechende Gäste eingeladen werden.

Herr Rumberg möchte wissen, wie jetzt mit dem Antrag A 2020/011 verfahren wird, da noch erhebliche Dinge ungeklärt sind.

Herr Weichlein antwortet, dass er mit dem vorliegenden Beschlussvorschlag nicht wüsste, was die Verwaltung bzw. der Oberbürgermeister machen soll. Er schlägt vor, die Sitzung zu unterbrechen, so dass der Antragsteller noch einmal beraten kann und den Beschlusstext präzisiert.

Herr Rülke führt aus, dass eine schnelle Lösung gewollt ist, aber so wie der Antrag formuliert ist, bietet er keine schnelle Lösung. Es sind noch so viele Dinge zu klären, bevor es dazu kommt, dass der Sonderausschuss das erste Mal tagen kann. Wenn aber auf die Einladung des SKA regelmäßig ein entsprechender Tagesordnungspunkt genommen werden würde, könnte die Thematik bereits in der nächsten Sitzung des SKA besprochen werden.

Frau Dr. Darmstadt stimmt Herrn Rülke zu.

Herr Tschirner erläutert, dass all die aufkommenden organisatorischen Dinge absichtlich nicht im Antrag formuliert worden sind. Mit dem Antrag soll den Bürgern gezeigt werden, dass sich der Stadtrat speziell mit der Thematik beschäftigen wird. Weiterhin bemerkt er, dass von Seiten der Verwaltung in den letzten drei bis vier Monaten bereits hartnäckig an Problemlösungen gearbeitet wurde und bereits Lösungsansätze vorliegen. Aber das Personalproblem wird die Stadt Freital die nächsten vier/fünf Jahre begleiten, da sich beispielsweise der Betreuungsschlüssel noch weiter verschieben wird. Somit darf nicht nur für das aktuelle Jahr gedacht werden, sondern darüber hinaus, wofür wiederum flexible Lösungen notwendig werden. Herr Tschirner bemerkt, dass die Besetzung des Sonderausschusses im Ältestenrat diskutiert werden sollte. Der Antrag enthält nicht, dass er sofort umgesetzt werden soll, es soll ein sinnvoller Vorschlag werden, der eine rechtliche Grundlage hat.

Herr Rumberg erwidert, dass Herr Tschirner sich in seinen Ausführungen widerspricht. Auf der einen Seite hat er festgestellt, dass bereits Dinge auf den Weg gebracht wurden, die sich positiv auf die Situation ausgewirkt haben. Aber auf der anderen Seite soll trotzdem ein Sonderausschuss gebildet werden. Herr Rumberg verweist erneut auf den Vorschlag, den SKA zu nutzen, um in einem Tagesordnungspunkt darüber zu sprechen und nach Lösungen zu suchen.

Herr Seyfried stimmt Herr Rülke zu, dass jetzt gehandelt werden muss. Als Mitglied des SKA fühlt er sich gut informiert und erkennt, dass seit Dezember 2019 sehr viel in Richtung Kinderbetreuung passiert. Herr Seyfried spricht sich somit gegen den Sonderausschuss aus und für das Etablieren eines Tagesordnungspunktes im SKA.

Herr Wolframm bemerkt, dass es die ganzen Jahre den SKA gibt, aber trotzdem gibt es jetzt diese erschreckende Situation. Aus dem Grund muss mit dem Sonderausschuss ein Zeichen gesetzt werden.

Herr Müller stellt den Geschäftsordnungsantrag Ende der Debatte.

Zum Geschäftsordnungsantrag gibt es keinen Diskussionsbedarf. Somit folgt die Abstimmung.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	
Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	31
Davon stimmberechtigt:	31
Ja-Stimmen:	26
Nein-Stimmen:	1
Stimmenthaltungen:	4

Damit ist der Geschäftsordnungsantrag angenommen und es folgt die Beschlussfassung des Antrages.

**Beschluss Nr.: 022/2020**

**Der Stadtrat der Großen Kreisstadt beschließt, dass der Oberbürgermeister beauftragt wird, schnellstmöglich einen Sonderausschuss „Kindertagesbetreuung“ einzuberufen.**

<b>Abstimmungsergebnis</b>	
Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	31
Davon stimmberechtigt:	31
Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	12
Stimmenthaltungen:	3

**Tagesordnungspunkt 8** **B 2020/006**

**Aufstellung Gesamtabschluss, Ausübung Wahlrecht nach § 88b SächsGemO**

Vorberatung Finanz- und Verwaltungsausschuss am 27. Februar 2020

Herr Funk erläutert die Sach- und Rechtslage der Beschlussvorlage.

Seitens der Stadträte besteht kein Diskussionsbedarf. Es folgt die Beschlussfassung.

**Beschluss-Nr.: 023/2020**

- 1. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt, auf die Aufstellung eines Gesamtabschlusses im Sinne von § 88b SächsGemO für das Jahr 2020 zu verzichten.**
- 2. Dieser Verzicht soll auch für die Haushaltsjahre 2021 bis 2024 gelten.**

<b>Abstimmungsergebnis</b>	
Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	31
Davon stimmberechtigt:	31
Ja-Stimmen:	27
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	4

**Tagesordnungspunkt 9** **B 2020/007**

**Änderung Gesellschaftsvertrag der FREITALER STROM+GAS GMBH - Umbenennung der Gesellschaft in Freitaler Stadtwerke GmbH**

Vorberatung Finanz- und Verwaltungsausschuss am 27. Februar 2020

Herr Rumberg erläutert die Sach- und Rechtslage der Beschlussvorlage.

Herr Brandau spricht sich für die Umbenennung in Freitaler Stadtwerke GmbH aus.

Herr Rülke spricht sich ebenfalls für die Umbenennung aus.

Seitens der Stadträte besteht kein Diskussionsbedarf, so dass die Beschlussfassung folgt.

**Beschluss-Nr.: 024/2020**

- 1. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital stimmt der Umfirmierung der FREITALER STROM+GAS GMBH in „Freitaler Stadtwerke GmbH“ zu.**
- 2. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beauftragt den Oberbürgermeister sowie den Geschäftsführer der WBF-Wirtschaftsbetriebe Freital GmbH, Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft, in einer Gesellschafterversammlung der FREITALER STROM+GAS GMBH folgenden Beschluss zu fassen:**
  - Die Gesellschafterversammlung der FREITALER STROM+GAS GMBH stimmt den Änderungen in § 1 des Gesellschaftsvertrages vom 22. Mai 2019 zu.**

<b>Abstimmungsergebnis</b>	
Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	31
Davon stimmberechtigt:	31
Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

<b>Tagesordnungspunkt 10</b>	<b>B 2020/009</b>
<b>Abgrenzung eines Fördergebietes Freital - Urbanität am Fluss, Erstellung eines Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes</b>	

Vorberatung Technischer und Umweltausschuss

am 26. Februar 2020

Frau Schattanek erläutert die Sach- und Rechtslage der Beschlussvorlage.

Herr Brandau bittet, dass Maßnahmen genannt werden, die über das Programm durchgeführt werden könnten.

Frau Schattanek antwortet, dass es sich um die Dinge handelt, die bereits in der mittelfristigen Finanzplanung aufgenommen wurden, wie beispielsweise der Bau der Feuerwache, vorbereitende Dinge bezüglich dem Bau von Kindereinrichtungen, das städtebauliche Entwicklungskonzept in Teilbereichen sowie Dinge, die in der sozialen Stadt ein Thema waren (z. B. Verfügungen vom Quartiersmanagement).

Herr Heisig möchte wissen, in wie weit sich die Stadträte bei dem städtebaulichen Entwicklungskonzept beteiligen können bzw. welche Möglichkeiten es gibt, sich als Stadtrat einzubringen.

Frau Schattanek führt aus, dass dem Stadtrat das städtebauliche Entwicklungskonzept als Beschlussvorlage vorgelegt wird und es dann zu einem Beschluss kommt. Bezüglich der Mitwirkung der Stadträte muss entschieden werden, ob dies gewollt ist. Beispielsweise bestand für die Stadträte beim Integrierten Stadtentwicklungskonzept die Möglichkeit der Mitarbeit, die Resonanz hingegen war eher knapp

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Somit folgt die Beschlussfassung.

**Beschluss-Nr.: 025/2020**

- 1. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt beschließt die Gebietsabgrenzung für ein neues Fördergebiet „Freital – Urbanität am Fluss“ für ein Bund-Länder-Programm gemäß dem beigefügten Lageplan vom 27. Januar 2020.**
- 2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, ein Städtebauliches Entwicklungskonzept nach § 171e Abs. 3 BauGB (SEKO) erstellen zu lassen und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.**
- 3. Der Beschluss zur Neuabgrenzung eines Fördergebietes Freital-Potschappel ab 2020 Beschluss-Nummer 115/19 und Vorlagen-Nummer B 2019/074 wird aufgehoben.**

<b>Abstimmungsergebnis</b>	
Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	31
Davon stimmberechtigt:	31
Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Pause von 19.57 Uhr bis 20.05 Uhr